

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Bernsprechstelle
Nr. 20.

Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 184.

Freitag, 9. August 1895, Abends.

48. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Wierachlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserlichen Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewihr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Die Grundsteuer auf den 2. Termin wird am 1. August v. fällig und ist mit 2 Pf. pro Steuereinheit doppelt, längstens aber bis

zum 15. August laufenden Jahres

an die bisische Stadtsteuereinnahme abzuführen.

Riesa, am 29. Juli 1895.

Der Stadtrath.
Schwarzenberg, Stdtth.

Mdl.

Englische Überhebung.

Nicht übel vermerkt wird in allen deutschen Kreisen ein Artikel des englischen "Standard" (des Organs des gegenwärtigen englischen Ministerpräsidenten), der sich in seinem diesjährigen Begrüßungsartikel zur Anwesenheit des deutschen Kaisers in England in die hohes Politik verirrte und dabei Ansichten zu Tage förderte, die um so weniger unwiderprochen bleiben dürfen, als sie auch in ungemeiner und verlegernder Form zum Ausdruck kamen. Das Organ des englischen Premierministers begiebt sich zunächst völlig außerhalb des Gebietes guter Sache, indem es sich dem "jungen" deutschen Kaiser als Rathgeber aufdrängt und ihm dabei begreiflich zu machen sucht, "dass er zwar nie daran denken dürfe, die Königin Victoria an Schatzfinken jemals zu übertrumpfen oder sie in der Liebe und Ehrfurcht, die sie einflößt, zu erreichen, dass er aber immerhin am englischen Hofe bei der Königin von England eine Ektion in politischer Weisheit nehmen könne und im Übrigen seine Anwesenheit auf englischem Boden benützen solle, um mit der nationalen Meinung Englands Fühlung zu nehmen." Ganz absehbar davon, dass wir nicht wissen, bemerkt die T. R. sehr richtig, was es nügen sollte, wenn der deutsche Kaiser mit der englischen Nationalmeinung Fühlung nehmen sollte, da er als deutscher Kaiser sich doch nur um deutsche Interessen und also um die deutsche Nationalmeinung kümmern kann, sehen wir uns auch am Hofe der Königin Victoria vergebens nach den Männern um, bei denen ein deutscher Kaiser eine "Ektion in politischer Weisheit" nehmen könnte. Die Salisbury, Balfour, Chamberlain sind ganz achtenswerthe Staatsmänner, die in Zeiten, da keine Bismarcks wachsen, ihrem vollen Kurswert haben mögen, aber für den deutschen Kaiser kommen sie um so weniger in Betracht, als er noch den gewaltigen Rathgeber seines Großvaters und Vaters in nächster Nähe hat und sich ein Gang nach Friedrichsruh für ihn doch unendlich nicht lohnen möchte, als eine Fahrt nach London. Wenn man den Schmid haben kann, soll man nicht zum Schmiede gehen, meint ein süddeutsches Sprichwort. Die Schädigung der Liebe und Ehrfurcht, die sich Kaiser Wilhelm in Deutschland erworben hat, mag das englische Ministerblatt ruhig uns Deutschen überlassen, wie wir überhaupt das Begönner des "jungen" Kaisers, wie es in jenem Artikel zum Ausdruck kommt, als eine lästige Überhebung bezeichnen müssen, die man auch als Unverschämtheit charakterisieren könnte. Das englische Blatt betont sodann mit einer ausschallenden Häufigkeit und Eindringlichkeit die verwandtschaftlichen Beziehungen Kaiser Wilhelms zur englischen Königsfamilie, woran sich die englische Bewertung reiht, dass es für Kaiser Wilhelm und sein Volk genügen würde, wenn er sich seiner väterlichen Abstammung würdig zeige. Kaiser Wilhelm ist Kaiser von Deutschland fast seiner väterlichen Abstammung und regiert Deutschland nicht als Enkel der Königin Victoria, sondern als Enkel Kaiser Wilhelms I. und das deutsche Volk ist völlig zuständig, wenn er sich dieser väterlichen Abstammung allzeit würdig zeigt, d. h. nach unserer deutschen Anschauungs- und Gefühlsweise gesprochen, wenn er in die Fußstapfen seiner ruhmvollen Vorfahren tritt. Es ist überhaupt ein merkwürdig thörichtes Beginnen des englischen Blattes, den Kaiser vermöge seiner verwandtschaftlichen Beziehungen für englische Interessen einzuspielen. Die Familienbeziehungen zweier Herrscherhäuser können niemals bestimmd sein für die Politik der Völker und Kaiser Wilhelm kann auch nicht, wie der "Standard" anzunehmen scheint, persönliche auerwürtige Politik treiben, sondern er ist durch seine Pflicht, durch die Interessen seines Volkes und durch die Verfassung gebunden. Er kann keine andere als deutsche Politik treiben, und wenn er wirklich am Hofe der Königin Victoria eine Ektion in politischer Weisheit nehmen wollte, so könnte er dort nur lernen, dass der nationale Egoismus die oberste Pflicht eines Volkes sei. Uebrigens scheint sich der Politiker des "Standard" noch wenig mit dem Charakter Kaiser Wilhelms beschäftigt zu haben, sonst hätte er sich sagen müssen, dass solche Eindringlichkeiten in

solcher Sprache das geeignete Mittel sind, um ihn von etwaigen englischen Liebhabereien zurückzubringen.

Es ist dankenswerth, wenn der "Standard" zugestellt, dass englische Minister stets wünschen möchten, die möglichst besten Beziehungen zu unterhalten, aber es bedarf sehr des Beweises, wenn er weiter behauptet, dass die deutschen und englischen Interessen zusammenfielen, und es ist ferner in die Luft behauptet, dass das englische "Wohlwollen" — auch das ist eine lächerliche Überhebung — für Deutschland wertvoller sei, als eine Verständigung mit Russland oder Frankreich. Wie die Dinge in Europa liegen, könnte die Anspruchnahme des englischen "Wohlwollens" von Seiten Deutschlands uns in viel gröbere und häufigere Verwicklungen führen, als die deutsche Freundschaft England. Der Interessenkontrakt Englands und Russlands drängt über kurz oder lang zur Entscheidung, und Deutschland kann um so weniger Neigung haben, für England in Ägypten oder in Asien oder auf dem Balkan die Kastanien aus dem Feuer zu holen, als es von dem Entgegenkommen Englands "in kleinen, wie in großen Dingen", von dem der Artikel weiter spricht, bisher herzlich wenig verführt hat.

Kräftige Worte der Abwehr brauchen die "Hamburger Nachricht". Das Organ des Altreichskanzlers schreibt: Wenn dem Artikel des "Standard", wie es scheint, die Absicht zu Grunde liegt, den deutschen Kaiser persönlich für die englischen Interessen Russland gegenüber zu kapitulieren, so hoffen wir, dass dieser Erfolg nicht nur nicht erreicht wird, sondern wir sind aus psychologischen Gründen überzeugt, dass das Gegenteil erzielt wird. Es ist eine Annahme sondergleicher, w. m. der "Standard" die Erwartung auszuwählen, dass erlaubt, Kaiser Wilhelm werde hoffentlich seine Anwesenheit benutzen, um Fühlung mit der öffentlichen Meinung in England hinsichtlich der macedonisch-bulgarischen Frage zu nehmen. Wenn der deutsche Kaiser bezüglich der Behandlung auswärtiger Fragen mit der öffentlichen Meinung eines Landes Fühlung zu machen hat, so kann dies Land nur Deutschland selbst sein, ebenso wie der deutsche Kaiser nur deutsche Interessen vertreten darf und kann. Die Erwartung des "Standard" lässt den deutschen Kaiser gleichsam als Vasallen der Königin von England und die deutsche Politik verpflichtet erscheinen, eventuell auch gegen die eigene Überzeugung und die Interessen Deutschlands dem englischen Kabinett antirussische Dienste zu leisten. Eine ähnliche Überhebung liegt in der ferneren Behauptung des "Standard", das Wohlwollen Englands, das Deutschland lange genossen habe, sei für uns von größerem Werthe als die Freundschaft Russlands. Wir sind der Ansicht, dass, wenn Deutschland sich die Beweise des "Wohlwollens" vorgegenwärtigt, die es von England z. B. während des deutsch-französischen Krieges im Gegensatz zu der Haltung Russlands empfangen hat, diese Erinnerung ebensowenig dazu beitragen wird, die nationale Entrüstung über den Artikel im "Standard" zu mildern, wie die Freundschaftsdienste, die uns England in Afrika und sonst, wo es tonnte und wußte, später erwiesen hat."

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Ansprache des Kaisers an die Mannschaften des Panzerschiffes "Wörth", wobei auf Wunsch des Kaisers auch der deutsche Botschafter Graf Hasfeld zugegen war, hat ungefähr folgenden Wortlaut: Erinnert Euch, dass Ihr die Mannschaft eines Schiffes bildet, das nach einer Schlacht benannt ist, in der Eure Landsleute sich höchst wacker benommen haben. Heute ist der 25. Jahrestag der Schlacht der Wörth, weshalb Ich es für angezeigt gehalten habe, dem nach dieser Schlacht benannten Schiffe einen Besuch abzustatten und einige Worte an die Mannschaft zu richten. Hoffentlich werden die Thaten, welche Eure Mitbrüder bei jenem Anlass vollbracht, eine Anerkennung bilden für Euch, wenn jemals die Gelegenheit für ähnliche Dienste entstehen sollte. Solltet Ihr zum Kampfe berufen werden, so beschwore ich Euch, mit Herz und Wuth für Gott und das Vaterland zu kämpfen.

Der preußische Kultusminister ist der Auffassung beigetreten, dass die Möglichkeit des Ausbruchs echter Pocken bei dem aus Russisch-Polen oder Polen stammenden und in Preußen zugelassenen Arbeitern nicht in jedem Falle ausgeschlossen erscheine, wenn nur eine einmalige erfolgreiche Impfung bei den betreffenden Personen im Kindesalter ausgeführt worden ist. Mit einer derartigen Impfung wird deshalb die Voraussetzung für die Annahme von ausländischen Arbeitern nicht erfüllt. Hierzu bedarf es vielmehr des Nachweises, dass die betreffenden Personen im arbeitsfähigen Alter innerhalb der letzten zehn Jahre erfolgreich geimpft worden sind. Diese Vorschrift ist seitens der Arbeitgeber oder Werkverwaltungen, die ausländische Arbeiter in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben beschäftigen, strengstens zu beachten. Bei den bereits angenommenen Arbeitern wird, sofern die wirkliche Impfung in den letzten 10 Jahren nicht ausgeführt worden oder nicht etwa eine Erkrankung an echten Pocken vorausgegangen ist, die Impfung nachträglich anzuordnen sein.

Das preußische Kultusministerium veranlasst infolge der Marienberg-Ereignisse, wie der "Börs.-Blg." geschrieben wird, jetzt überaus häufig unvermutete Visitationen von Privatirrenanstalten. Bedeutsam ist dabei die Thatache, dass diese Visitationen von den höchsten Beamten selbst vorgenommen werden und sehr eingehend zu sein pflegen.

Die socialdemokratische Parteileitung hat für die Feierveranstaltungen zum 25-jährigen Gedächtnistag der großen Tage von 1870/71 einen besonderen Überwachungsdienst eingerichtet. Aus Arbeiterkreisen wird der "N. Z. R." aber zuverlässig mitgetheilt, dass die mit dem Aufpassen beauftragten "Genossen" mehrfach sehr übel angekommen sind, als sie von älteren Arbeitern gewissermaßen Wort und Handschlag darauf verlangten, dass sie jedweder Gedenksfeier fernbleiben würden.

Rumänien. Die rumänische Gesandtschaft in Paris teilt der "Agence Havas" die nachfolgende ihr aus Bukarest zugegangene Depesche mit: "Entgegen den in gewissen Blättern aufgestellten Behauptungen ist es durchaus unrichtig, dass Rumänien Russland herausfordern würde. Es ist falsch, dass 150 russische Unterthanen aus der Dobrudscha ausgewiesen worden wären. Die rumänische Polizei musste infolge der Vorgänge in Mazedonien einige Aufwiegler aussortieren, aber keiner von diesen ist russischer Unterthan. Die Nachricht von der Zusammenziehung eines Armeecorps in der Dobrudscha ist vollständig erfunden. Kein beurlaubter Soldat ist einberufen worden. Der Kriegsminister setzt seine Kur in einem Badeorte fort. Die Beziehungen zwischen dem Minister des Auswärtigen Lwowatz und dem russischen Gesandten von Fonton tragen nicht allein das Gepräge der offiziellen Korrektheit, welches den zwischen den beiden Ländern bestehenden ausgezeichneten Beziehungen entspricht, sondern auch den Charakter der persönlichen Freundschaft, welche sich seit dem Aufenthalte von Fonton in Bukarest gebildet hat."

Bulgarien. In Sofia sind die Verhältnisse so unklar und verworren, wie nur möglich. Die leitenden Minister waren in diesen Tagen für niemand, auch für das diplomatische Corps nicht zu sprechen. Niemand von den nichtoffiziellen Politikern, mit Ausnahme von höchstens drei oder vier, vermog irgend eine Auskunft zu ertheilen.

Ostasien. Nach einer der Pol. Corresp. aus Petersburg zugehenden Wiedergabe wird die Ergänzungsforderung im Beitrage von 50 Millionen Tobs, welche Japan bezüglich der von China zu leistenden Kriegsentschädigung stellt, in den russischen Regierungskreisen für exorbitant hoch erachtet. Russland erwartet, dass die japanische Regierung sich veranlasst sehen werde, diese Frist um ein Erhebliches zu reduzieren. Was die Frage der Räumung von Kiautschou betrifft, so betont man in Petersburg, dass dieselbe mit der definitiven Regelung der Entschädigungsfrage nicht verknüpft werden dürfe, da Japan die Verpflichtung, seine Truppen von der genannten Halbinsel zurückzuziehen, unabhängig von einer derartigen Bedingung übernommen habe. Das Petersburger Kabinett, welches an seinem bekannten Standpunkte